

### Landratskandidaten im Wahlkampf-Endspurt

Bis zum Wahltag, an dem sich rund 300 000 Wahlberechtigte in den 29 Städten und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises

entscheiden müssen, wer die Nachfolge von Erich Pipa (SPD) als Landrat antreten soll, bleiben nur noch fünf Tage. Bei Diskussionen,

in der Presse und im Straßenwahlkampf haben die sechs Konkurrenten ihr Profil noch einmal geschärft. Jetzt sind die Bürger am

Zuge. Die sechs Kandidaten Reiner Bousonville (Grüne), Srita Heide (CDU), Alexander Noll (FDP), Dr. Gerhard Stehlik (parteilos), Thorsten Stolz (SPD) und Walter Wissenbach (AfD) bezogen bei der Podiumsdiskussion unserer Zeitung im Bürgerhaus Hanau-Wolf-

gang Position. Fragen, die dabei nicht gestellt werden konnten, haben wir ihnen schriftlich zugeleitet, und sie haben sie beantwortet.

Hier äußern sie sich heute zu den Finanzen, zu Globalisierung, Arbeitsmarktpolitik, Frauenquote und zum Naturschutz. ■ **ju**

Die sechs Landratskandidaten haben die Fragen unserer Leser schriftlich beantwortet.



Reiner Bousonville (Grüne), IT-Verfahrensmanager, Erlensee

**Wer hat sich in den Vertragstext zu CETA eingelese- Welche Risiken und Gefahren gilt es für den MKK abzuwehren?**

Manfred Schimo (Linsengericht)

Ich habe eine klare Haltung gegen TTIP und CETA und habe mich auch an den Protesten – zuletzt in Frankfurt – aktiv beteiligt. Ich bin für Handelsabkommen, die transparent verhandelt werden, die nach sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind. Die vorhandenen demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen dürfen nicht in Frage gestellt werden. Durch CETA befürchte ich negative Auswirkungen auf die Betätigung des Kreises zum Beispiel im Bereich der Wasserversorgung, der Infrastruktur und des öffentlichen Personennahverkehrs. Eine Einschränkung von Umwelt-, Sozial- sowie Verbraucherstandards durch CETA lehne ich ab.

**Als Sonderstatusstadt hat die Stadt Hanau ein eigenes Bauamt, eine Klinik, Anteile an den Stadtwerken und unterhält auch die städtischen Straßen. Denken Sie, dass die 35 Millionen, die Hanau als Umlage 2017 an den Kreis abführen muss, gerechtfertigt sind? Und wenn ja mit welchen Leistungen des Kreises für die Bewohner der Stadt Hanau?**

Klaus Dippel (Hanau, AfD-Fraktion im Kreistag)

Der Main-Kinzig-Kreis unterhält für die Stadt Hanau das Sozialamt und das Gesundheitsamt. Die Aufgaben des Sozialamts sind erst 2015 von der Stadt Hanau an den Kreis übergeben worden. Das Gesundheitsamt führt unter anderem die Schuleingangsuntersuchungen für Hanau durch. Hanau ist eine Sonderstatusstadt und hat bei der Kreisumlage einen eigenen Hebesatz, der die eigenständige Wahrnehmung von Aufgaben einkalkuliert. Es steht außer Frage, dass auch Hanau diese Kreisumlage zahlen muss, auch wenn mit der Fragestellung suggeriert wird, dass der Kreis seine notwendigen Investitionen auf Kosten der Stadt Hanau finanziert. Als Landrat würde ich nach weiteren Synergien bei der Zusammenarbeit von Kreis und Stadt Hanau suchen. Sollte Hanau eine Kreisfreiheit anstreben, wäre ich für eine ergebnisoffene Beratung aller Vor- und Nachteile.

**Wie hoffen Sie, die Wahlbeteiligung in Hanau zu erhöhen?**

Klaus Dippel (Hanau, AfD-Fraktion im Kreistag)

Ich erwarte eine höhere Wahlbeteiligung bei der Landratswahl, weil es den Menschen, auch in Hanau, wichtig ist, ein klares Zeichen gegen Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und dumpfen Nationalismus zu setzen. Die Bürgerinnen und Bürger werden damit zeigen, dass es ihnen etwas wert ist, in Hanau und im Main-Kinzig-Kreis gemeinsam mit Menschen aus derzeit 154 Nationen friedlich und welt-offen zu leben.



Srita Heide (CDU), Unternehmerin, Hanau

Im Vergleich zu TTP bringt CETA mehr Vorteile für exportorientierte Firmen. Das Ziel lautet: Unternehmen aus Kanada und der EU sollen gegenseitig einen besseren Marktzugang erhalten. Durch CETA sollen Handelshemmnisse abgebaut werden, zum Beispiel sollen 99 Prozent der Zölle wegfallen. Das alles soll Investitionen von Unternehmen erleichtern.

Zwischen Hanau und dem MKK ist eine um 50 Prozent reduzierte Umlagezahlung an den Kreis vereinbart, weil Hanau im Gegenzug auch Aufgaben für den Kreis trägt. Darüber hinaus ergänzen Angebote der Stadt und des Landkreises einander: Kreiskliniken und soziale Einrichtungen werden ebenso von Hanauer Bürgern benutzt wie Kreisstraßen und -brücken. Der Landkreis betreibt darüber hinaus viele kreiseigene Unternehmen, die direkte und vielfach indirekte Leistungen für Hanauer erbringen, etwa die Kreisverkehrsgesellschaft oder Alten- und Pflegezentren. Kreis und Stadt sparen somit wechselseitig unter dem Strich Doppelaufwand ein. Dennoch war es falsch, die Kreisumlage – und damit die finanzielle Belastung der Kommunen – zu erhöhen. Wenn ich zur Landrätin gewählt werde, werde ich mich dafür einsetzen, dass diese Belastung wieder sinkt.

Wie ich es seit Beginn des Wahlkampfes praktiziere: stets mit den Menschen im Dialog bleiben. Kernpunkt meiner politischen Arbeit ist und wird immer bleiben: Orientierung an den Themen, die die Menschen setzen, und ihre Sorgen ernst nehmen. Ich bin auch in Hanau mit vielen Menschen ins Gespräch gekommen – vom Unternehmer über den „Normalbürger“ bis hin zum Obdachlosen. Es hat sich immer wieder gezeigt: Zuhören, verstehen, aufnehmen, umsetzen – nur so kann man Menschen überzeugen. Ich bin erfolgreich dabei, ihnen das Vertrauen in die Kreispolitik wieder zurückzubringen. Die Bandbreite der Themen ist dabei so groß wie die Vielfalt in der Gesellschaft.



Alexander Noll (FDP), Fachhochschule für Ökonomie, Großkrotzenburg

Ich sehe keine Risiken und Gefahren. Auch Firmen im MKK profitieren davon.

Die Frage des Sonderstatus und der damit verbundenen geringeren Kreisumlagezahlungen muss der Landesgesetzgeber beantworten. Der Kreis nimmt dennoch auch Aufgaben für Hanau wahr. Leider nimmt das die Hanauer Bevölkerung kaum wahr.

Werbung für den Main-Kinzig-Kreis



Dr. Gerhard Stehlik (parteilos), pensionierter Chemiker, Hanau

Der Landrat ist eine Art „kleine Exekutive“, eine ausführende Gewalt. Er soll gesetzliche Vorgaben ausführen. Die gesetzlichen Vorgaben gibt die Legislative vor, also die gesetzgebende Gewalt. Im Kreistag kann jeder Abgeordnete grundsätzlich machen, was er will. So funktioniert Demokratie im Idealfall. Wenn die Fragesteller den gesellschaftlichen Prozess im Kreistag so detailliert und bezogen auf ihre persönlichen Neigungen mitgestalten möchten, können sie das tun durch Wahl der für sie besten Partei und durch eigene Öffentlichkeitsarbeit (Leserbriefe, eigene Kandidatur etc.) Demokratisch legal kann ein Landrat so gut wie nichts tun im Sinne der Fragesteller.

\* (beantwortet alle sieben Fragen gleichlautend)

\* (beantwortet alle sieben Fragen gleichlautend)

\* (beantwortet alle sieben Fragen gleichlautend)



Thorsten Stolz (SPD), Bürgermeister von Gelnhausen

In den Vertragstext zu CETA habe ich mich nicht eingelese. Ich kenne aber die wichtigsten Grundzüge des CETA-Abkommens mit Kanada. Risiken oder gar eine Gefahr kann ich daraus derzeit nicht für den Main-Kinzig-Kreis ableiten. Eine Gefahr sehe ich aber, wenn wir in Sachen Freihandel und internationaler Zusammenarbeit wieder um Jahrzehnte zurückfallen, denn der Main-Kinzig-Kreis ist ein Wirtschaftsstandort, an dem viele Unternehmen auf den Welthandel und ein gutes Exportgeschäft angewiesen sind – auch im Hinblick auf die Handelsbeziehungen zu Kanada. Wir haben Unternehmen bei uns im Main-Kinzig-Kreis, deren Umsätze zu 60 Prozent und mehr weltweit getätigt werden und für die ein freier Zugang zu den internationalen Märkten wichtig ist. Davon sind viele Arbeitsplätze im Kreis abhängig

Die AfD versucht einen Keil zwischen Hanau und den Main-Kinzig-Kreis zu treiben. Hanau profitiert auch als Sonderstatusstadt vom Kreis: Aus der Kreisumlage trägt der Landkreis für Hanau den vollen Aufwand für die Sozialhilfe (rund neun Millionen Euro), den kompletten Aufwand der Hartz-IV-Leistungen von 18 Millionen Euro. Darüber hinaus muss der Kreis die Umlage für den Landeswohlfahrtsverband und die gesetzlich festgelegte Umlage zur Krankenhausfinanzierung (Gesamtanteil der Stadt Hanau 17 Millionen Euro) bestreiten. Allein diese Leistungen übersteigen die Kreisumlage von rund 35 Millionen. Darüber hinaus unterhält der Kreis für Hanau Gesundheitsamt, Zulassungsstelle, Gefahrenabwehrzentrum und Veterinäramt. Der Kreis fördert zudem mehr als 30 soziale, karitative und kulturelle Einrichtungen und Organisationen in Hanau.

Ganz einfach: Oberbürgermeister Claus Kaminsky und ich verstehen uns gut und wir wollen gemeinsam für eine starke Stadt Hanau in einem starken Main-Kinzig-Kreis arbeiten. Die Hanauer können sich darauf verlassen, dass es mit einem Landrat Thorsten Stolz eine gute und faire Zusammenarbeit zwischen der Brüder-Grimm-Stadt und dem Kreis geben wird. Das hängt alleine schon damit zusammen, dass meine Großeltern väterlicherseits in Hanau gelebt haben und ich in meiner Kinder- und Jugendzeit sehr oft dort war. Zusammen können Hanau und der Main-Kinzig-Kreis mehr erreichen: Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum oder der künftige Aufbau eines Pflegestützpunktes in Hanau zur Beratung von Angehörigen sind nur einige Beispiele dafür.



Walter Wissenbach (AfD), Rechtsanwalt, Hanau

Das einseitige kanadische Handelsabkommen CETA lehnt die AfD genauso ab wie das amerikanische TTIP. Einlesen in die Texte nicht möglich, mangels deutscher Übersetzung.

Das ist bei allen Sonderstatusstädten kommunalrechtlich so verankert und aus meiner Sicht kein grundsätzliches Problem. Hanau hat als Sonderstatusstadt mehr Aufgaben und Rechte als die anderen kreisangehörigen Gemeinden. Das reicht von der Jugendhilfe über Bauaufsicht und Naturschutz bis hin zu Aufgaben der Ausländerbehörde und des Sozialamtes. Es ist gesetzlich festgelegt, dass der Sonderstatus solcher Städte beim kommunalen Finanzausgleich oder der Schlüsselzuweisung besonders berücksichtigt wird. Insofern kann man nicht nur die Finanzbeziehung zwischen Hanau und dem Landkreis betrachten und da Zahlen gegenüberstellen. Das ergibt ein schiefes Bild.

Mit mir als AfD-Politiker ist das Kandidaten-Angebot um ein neues Gesicht aus einer neuen Partei bereichert worden. Die Bürger haben durch mich und meine klaren Positionen, etwa gegen die Windkraft, eine echte Wahl bei der Wahl und können nicht nur einen der übrigen Repräsentanten der etablierten Parteien ankreuzen. So etwas mobilisiert und motiviert. Deswegen wird sich die Wahlbeteiligung erhöhen.





## LANDRATSWAHL

5. März 2017

**Würden Sie Landrat Pipas Prestigeobjekt, das Kommunale Center für Arbeit (KCA), fortführen wollen? Das KCA hat für die anerkannten Flüchtlinge (SGB II) nur Angebote, die für die Langzeitarbeitslosen vorgesehen sind. Um den einzelnen Flüchtling kann sich ein „Fallmanager“ nicht kümmern, weil er rund 400 Arbeitsuchende betreut. Welche Pläne haben Sie?**  
G. J. Kranen

Von den derzeit rund 6000 Langzeitarbeitslosen (ALG-II-Empfängern) im Kreis lebt die Hälfte in Hanau. Mit einem Aktionsprogramm möchte ich insbesondere in der Stadt eine Absenkung der Fallzahlen erreichen und den Menschen eine Perspektive ermöglichen. Für die anerkannten Flüchtlinge unterstütze ich die vom KCA angebotene berufspraktische Erstorientierung und die vertiefende berufliche Orientierung der AQA. Die bessere Vermittlung von Flüchtlingen in Praktika und Arbeit liegt mir am Herzen, daher unterstütze ich das Kompetenzteam aus Kreisverwaltung, IHK, der Kreishandwerkerschaft, dem KCA und der Arbeitsagentur, um für Flüchtlinge, aber auch für Handwerk und Industrie etwas zu erreichen.

Wenn ich gewählt werde, werde ich zunächst die vorhandenen Strukturen aller kreiseigenen Gesellschaften und Projekte im Main-Kinzig-Kreis genau prüfen und mit Fachleuten erörtern, um Verbesserungs- und Optimierungsbedarf festzustellen; dazu gehört dann auch das KCA. Die dahinterstehende Idee finde ich grundsätzlich gut. Inwieweit Strukturen und personelle Ausstattung dauerhaft verbessert werden müssen, werde ich im Fall meiner Wahl unverzüglich untersuchen lassen. Klare Prämisse: Der Mehraufwand in der Flüchtlingshilfe darf keinesfalls zu Lasten der Arbeit und Leistungen für die heutigen Langzeitarbeitslosen gehen.

Weiterführung des KCA mit neuer Schwerpunktbildung.

\* (beantwortet alle sieben Fragen gleichlautend)

Ich sehe das Kommunale Center für Arbeit nicht als Prestigeobjekt Erich Pipas. Die Übernahme der Betreuung von Langzeitarbeitslosen in Eigenregie und in der Folge die Errichtung des KCA war der richtige Schritt. Das würde ich so fortführen.

Es gibt im KCA eine extra eingerichtete Fachstelle Flucht und Asyl, die sich um reibungslose Wechsel aus dem Asylbewerberleistungsgesetz ins Sozialgesetzbuch II kümmert. Mit der Maßnahme „Leben-Arbeit-Sprache“ hat das KCA gemeinsam mit der AQA ein Programm aufgelegt, das jeder Asylbewerber durchlaufen muss. Am Ende steht hier ein Test mit Kompetenzfeststellung. Besonders wichtig ist es, die Balance zu wahren und alle Menschen gleichermaßen zu fördern und zu fordern.

Fortführen ja. Aber auch evaluieren, ob das angestrebte Ziel erreicht wird.  
Dazu würde ich mich erst mit den Fallmanagern besprechen, was erfahrungsgemäß in der Praxis wirklich fehlt und dann die nötige Abhilfe in die Wege leiten.

**Wie ist Ihre Einstellung zur Frauenquote in Ihrer Partei und bei der Besetzung von Führungsstellen? Befürworten Sie eine Frauenquote mit oder ohne Qualifikationsbezug?**

Gabriele Unseld (Hanau)

Die Frauenquote ist für mich und für meine Partei seit Jahren eine Selbstverständlichkeit. Auf allen Ebenen setzen wir Grünen uns für eine Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen ein. Für mich steht außer Frage, dass Frauen auch in Führungsstellungen mindestens 50 Prozent der zu besetzenden Stellen erhalten müssen. Ich befürworte die Frauenquote, denn die Vergangenheit zeigt, dass eine gesetzliche Vorschrift nötig ist, um Frauen Führungspositionen zu ermöglichen. Es ist keine Frage der Qualifikation, Frauen sind oft qualifizierter, sondern eine Frage des Kulturwandels. Als Landrat werde ich mich für eine gleichberechtigte Besetzung von Führungspositionen einsetzen und sie in der Kreisverwaltung garantieren.

Für eine bestimmte Funktion bedarf es stets gleicher Kompetenzen, des nötigen Erfahrungshintergrundes und der entsprechenden Qualifikation – ganz gleich, ob man eine Stelle mit einem Mann oder einer Frau besetzt. Selbstverständlich müssen alle für gleiche Leistung gleich und gerecht bezahlt werden – was in der Praxis immer noch nicht der Fall ist. Deshalb müssen wir Wege finden, dies umzusetzen.

Ich halte überhaupt nichts von verordneten Quoten. Wäre alles nicht erforderlich, wenn sich Frauen in gleicher Menge und gleicher Intensität in Parteien einbringen.

\* (beantwortet alle sieben Fragen gleichlautend)

Die Frauenquote ist ein grundsätzlich wichtiger Schritt für mehr Gleichberechtigung in Deutschland. Sie leitet einen Kulturwandel in der Arbeitswelt ein. Denn eine Gleichstellung in der Spitze führt auch dazu, dass Frauen im gesamten Unternehmen mehr Chancen erhalten. Darüber hinaus muss es weitere Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Beruf, Kindererziehung und Pflege geben, die immer noch bestehenden Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern müssen abgebaut und Teilzeitbeschäftigte besser abgesichert werden.

Qualifikation geht bei der AfD immer vor Quote. Die AfD hat auch ohne solche Zwangsvorgaben viele Frauen an der Spitze. Zum Beispiel in Hessen bei der Landesliste für die Bundestagswahl oder mit Frauke Petry als Parteivorsitzender.

**Wie sieht es mit Sicherheit und Präsenz von Polizei auch in dörflichen Gegenden aus?**

Thomas Kantyba (Nidderau)

Ich nehme das Bedürfnis der Bürgerschaft nach Sicherheit sehr ernst und werde mich als zukünftiger Landrat dafür einsetzen, dass eine starke Präsenz von Ordnungspolizei in den Städten und auch im dörflichen Bereich gewährleistet wird.

Dass die aktuelle Hessische Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2016 bei der Zahl der Wohnungseinbrüche eine erfreuliche Entwicklung aufweist (Rückgang um 10 Prozent) freut mich. Auch die Aufklärungsquote konnte in Hessen erhöht werden. Diese positive Entwicklung möchte ich für den Main-Kinzig-Kreis fortsetzen und werde mich daher beim Land Hessen für mehr Personal einsetzen, damit die Polizeipräsenz in unseren Städten und Gemeinden erhöht werden kann.

Die Polizei muss auch in der Fläche sichtbare Präsenz zeigen. Alle Polizeistationen sollen erhalten bleiben und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Die personelle Ausstattung muss so weit optimiert werden, dass alle Bürger im Main-Kinzig-Kreis in Sicherheit und Freiheit leben können.

Mehr Polizeipräsenz wäre sehr wünschenswert. Dafür muss das Land die personellen Voraussetzungen schaffen.

\* (beantwortet alle sieben Fragen gleichlautend)

Bereits seit vielen Monaten habe ich die unzureichende personelle Besetzung der Polizei im Kreis zum Thema gemacht. Ich fordere hier eine deutliche personelle Verstärkung, um die hier tätigen Beamten zu entlasten und die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum spürbar zu erhöhen. Der Kreis muss deutlich von der vom Hessischen Innenministerium angekündigten Einstellungsoffensive profitieren, laut der bis zum Jahr 2020 rund 1150 neue Polizisten ihren Dienst antreten sollen. Als einwohnerstärkster hessischer Landkreis mit dem wachsenden Westteil und dem ländlich geprägten Ostteil mit langen Anfahrtswegen müssen von den zusätzlichen Beamten künftig so viele wie möglich die Polizeistationen und Polizeiposten im Kreis verstärken.

Schlecht, soweit man von Bürgern und Polizisten hört. Gerade im Osten des Kreises sind Polizeistationen rar und die Anfahrtswege weit. Das muss verbessert werden.

**In unserem Landkreis werden durch Hessen-Forst stetig die letzten Altbestände an den Waldbäumen Buche und Eiche abgeholzt. Die Vorjahreszahlen sollen immer weiter durch Soll-Erhöhungen getoppt werden. Welches Augenmerk legen die Kandidaten auf den Stopp dieser absurden Vorgehensweise?**

Silke Eichhorn (Nidderau)

Mir ist wichtig, Naturschutz und Biodiversität auch in unseren Wäldern zu garantieren. Bei einem Besuch des Forstamts Hanau-Wolfgang konnte ich mich überzeugen, dass die FSC-Zertifizierung eine nachhaltige Waldbewirtschaftung gewährleistet. Zum Schutz der alten Eichen- und Buchenbestände und der Biodiversität wird im Forstamt viel getan. Alte Bäume werden als Lebensraum für Insekten, Pilze und Moose im Wald erhalten. Überzeugt hat mich auch die neue Ausweisung von Kernflächen, die nicht bewirtschaftet werden. In Wolfgang sind von 3600 Hektar Staatswald 300 als Kernfläche ausgewiesen. Zum garantierten Schutz unserer Wälder werde ich mich als Landrat dafür einsetzen, dass im MKK weitere Naturschutzgebiete ausgewiesen werden.

Ich lege großen Wert auf die Erhaltung der Wälder. Deshalb werde ich mich für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung einsetzen. Es darf nur so viel Holz geschlagen werden, wie neue Bäume gepflanzt werden. Wir dürfen die Natur nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen opfern. Deshalb werde ich auch persönlich das Gespräch mit Waldbesitzern und Hessen-Forst suchen, um die Situation zu klären und zu verbessern. Jeder muss sich an Regeln halten, niemand darf einfach Bäume fällen ohne Zustimmung des Regierungspräsidiums.

Das muss mit Hessen-Forst besprochen werden, welche Möglichkeiten es da gibt.

\* (beantwortet alle sieben Fragen gleichlautend)

In meiner Amtszeit als Bürgermeister Gelnhausens sind wir neue Wege gegangen, die Vorbild für andere kommunale Waldbesitzer im Kreis sein können: Wir haben in Kooperation mit Hessen-Forst, den örtlichen Naturschutzvereinen und der Hessischen Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz ein Waldnaturschutz-Konzept erstellt. Ziel war, deutlich mehr Flächen still zu legen und zusätzliche sogenannte Habitatbäume auszuweisen, als Bundes- und Landesempfehlungen eigentlich vorsehen. So haben wir im Stadtwald jetzt elf Stilllegungsflächen mit einer Gesamtgröße von ca. 36 ha ausgewiesen. Hier wird auf Holzeinschlag gänzlich verzichtet. Für diese „Kernbereiche“ des Schutzkonzeptes konnten Ökopunkte erworben werden.

Sofern ein Wald kein Naturschutzgebiet ist oder Nationalpark, wird er nachhaltig bewirtschaftet. Dazu gehören das Fällen und Verarbeiten von Bäumen. Das geschieht sicher nicht willkürlich, sondern nach forstwissenschaftlichen Überlegungen. Manche Bäume müssen auch mangels Stabilität gefällt werden. Ansonsten hätte man einen regelrechten Urwald. Den gibt es zum Beispiel extra so belassen im nordhessischen Reinhardswald – als begehbares Museum.